

Programmatische Erklärung und  
Statut der  
kommunistischen Partei Deutschlands  
Marxisten - Leninisten

## Erklärung zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Wie die Geschichte der Menschheit zeigt, führten stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte, und es liesen sich wiederholt manche Revolutionäre eine Zeitlang dadurch irreführen, daß der innerlich Schwache äußerlich stark erscheint und sie erkannten nicht das Wesen der Sache, daß nämlich der Feind seiner Vernichtung, sie selbst aber ihrem Triumph entgegengingen (Mao Tse-tung).

Das internationale Proletariat und die internationalen revolutionären Kräfte stehen heute im Kampf gegen zwei Hauptfeinde: Den USA-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus. Beide haben die Welt zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker in Einflusssphären untereinander aufgeteilt. Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Völker bedienen sie sich rücksichtslos ihrer gewaltigen Militärapparate. Die einen reden von "Freiheit" und "Demokratie", die anderen mißbrauchen das Wort Sozialismus zur Tarnung ihrer imperialistischen Ziele.

Trotz dieses imperialistischen Komplotts greifen die revolutionären Befreiungsbewegungen der Völker immer mehr um sich und versetzen den reaktionären Kräften in der Welt ständig härtere Schläge. Die revolutionären Erhebungen der für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen zwingen den USA-Imperialismus, seinen Militär- und Polizeiparat ständig zu verstärken, um diese Bewegung auch im eigenen Land zu unterdrücken. Es zeigt sich immer deutlicher sein offen faschistischer Charakter.

Zur gleichen Zeit verstärken sich die Widersprüche auch im revisionistischen Lager. Die sowjetrevisionistische Führungselite hat unter der Maske der Kritik an Stalin die Diktatur des Proletariats direkt angegriffen und sie in die Diktatur einer sich neu entwickelnden Bourgeoisie verwandelt. In ihren Beziehungen zu anderen Ländern unterscheidet sie sich nicht wesentlich von den

USA-Imperialisten. Sie restauriert in der Sowjetunion offen den Kapitalismus und verstärkt ebenfalls ihren Militär- und Polizeiapparat, um ihre Vorherrschaft über die anderen Länder zu erhalten und die eigenen Volksmassen zu unterdrücken. Sie hat den proletarischen Internationalismus zugunsten des Großmachtchauvinismus verraten; sie hat das sozialistische in ein neokapitalistisches System verwandelt; damit offenbart sie immer deutlicher ihr sozialimperialistisches und sozialfaschistisches Gesicht. Durch den Verrat der revisionistischen Führungselite am Marxismus-Leninismus haben die Sowjetunion und die KPdSU ihren Führungsanspruch innerhalb der proletarischen Weltbewegung verloren.

Im Gegensatz dazu hat die Kommunistische Partei Chinas unter Führung ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung konsequent die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin schöpferisch angewandt und gegen alle Angriffe verteidigt. Genosse Mao Tse-tung hat die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammengefaßt, den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt und ihn dadurch auf eine höhere Stufe gehoben. Die Große Proletarische Kulturrevolution unter der direkten Führung des Genossen Mao Tse-tung ist die konsequente Fortsetzung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen die bürgerlich-revisionistische Linie.

Die Lehre Mao Tse-tungs stellt daher den Marxismus-Leninismus in der Epoche des endgültigen Untergangs des Imperialismus dar. Sie ist die stärkste Waffe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Sie versetzt die Völker der ganzen Welt in die Lage, ihren Kampf zu entwickeln, auszuweiten und siegreich zu führen.

Die nationale Lage Deutschlands ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein getreues Abbild der Weltlage. Während der westliche Teil Deutschlands zum Einflußgebiet des USA-Imperialismus gehört, gehört der östliche Teil zum Einflußgebiet des sowjeti-

schen Sozialimperialismus. Die herrschende Klasse in Westdeutschland verschärft mehr und mehr ihren Terror gegen das Volk. Notstandsgesetze, Einsatz von Schußwaffen und Tränengas gegen Demonstranten sowie Schutzhaftbestimmungen sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse ihre angeschlagene Stellung zu retten versucht. Während die Bourgeoisie ihre Profite ständig steigert, halten die Lohnerhöhungen für die Arbeiterklasse nicht einmal mit den Preis- und Mieterhöhungen Schritt. Die der Bourgeoisiehörige Führung der Gewerkschaften fordert die Arbeiterklasse zur "Mitbestimmung" an der Profitsteigerung der Monopolbourgeoisie auf, um die Arbeiterklasse von ihren Klasseninteressen abzulenken, die Klassengegenätze zu verschleiern und den Klassenkampf abzuwürgen.

In der DDR, auf die sich zum Zeitpunkt ihrer Gründung die hoffnungsvollen Blicke des westdeutschen und internationalen Proletariats richteten, ist durch die Führungselite der SED die Weiterführung des Klassenkampfes verhindert worden. Sie hat versäumt, die alte Bourgeoisie restlos zu zerschlagen und hat es zugelassen, daß sich eine neue Bourgeoisie etabliert: Statt Klassenkampf - Ökonomismus. Statt ideologischer Revolutionierung der Massen - Bürokratismus und Förderung bürgerlichen Denkens. Darüber hinaus hat sie die nationalen Interessen der deutschen Arbeiterklasse in zunehmendem Maße an die sowjetischen Sozialimperialisten verkauft und schreckt nicht einmal davor zurück, sich an deren militärischen Abenteuern zu beteiligen.

Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie haben sie dem Streben des USA-Imperialismus und Sozialimperialismus der sowjetischen Führungselite nach Weltherrschaft zum Opfer gebracht. Weder die Bonner noch die Ostberliner Regierung haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Deshalb ist die proletarische Revolution in ganz Deutschland eine objektive Notwendigkeit.

Nach 1945 formierte sich die KPD auch in Westdeutschland als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse mit dem Ziel eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands. Nach Gründung der SED in Ostdeutschland entstand die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD. Die im Ansatz positive Zusammenarbeit wurde später in ihr Gegenteil verkehrt, als die bürokratischen Methoden der SED auch auf die KPD übertragen wurden und die innerparteiliche Demokratie zerstörten.

Die personelle und materielle Abhängigkeit des KPD-Apparates von der SED führte dazu, daß die KPD sich in gleicher Weise wie die SED auf einen revisionistischen Kurs begab. Statt die revolutionäre Tradition der KPD weiterzuführen und den Revisionismus der SED-Führungselite zu verurteilen, machte sich die KPD-Führung diese Linie zu eigen. Damit verlor die KPD die Berechtigung, als Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse aufzutreten. Dieser Verrat zeigte sich in noch stärkerem Maße in der Gründung der DKP. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat eine Partei, die sich kommunistisch nennt, ihre Gründung der Absprache und Zusammenarbeit mit dem reaktionären bürgerlichen System zu verdanken.

Ohne die Führung durch eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.

Deshalb wurde die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten eine objektive Notwendigkeit.

Die KPD/ML steht fest auf dem Boden der revolutionären Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung.

Die KPD/ML ist die Avantgarde des Proletariats, die die Theorie mit der Praxis verbindet, enge Verbindung mit den Volksmassen aufrechterhält und den Geist der ernststen Selbstkritik hat.

Die KPD/ML wird gemäß dieser Prinzipien das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse stärken und sie gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zum Sieg führen.

Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.

Die KPD/ML ist sich im klaren darüber, daß der Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland lang, voller Schwierigkeiten und harter Kämpfe sein wird. Dieser Kampf wird von jedem einzelnen Genossen höchsten Einsatz, Mut und Opferbereitschaft erfordern.

Wir können und werden diesen Kampf nur gewinnen, wenn wir uns eng mit den Massen verbinden und festes Vertrauen zu ihnen haben, von ihnen lernen und sie mit der scharfen Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie wappnen.

Gestützt auf die von uns selbst organisierten Kräfte können wir alle deutschen und ausländischen Reaktionäre in unserem Land besiegen.

Kämpfen wir für ein einheitliches sozialistisches Deutschland!

Kämpfen wir für die Stärkung der KPD/ML!

Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.

Mao Tse-tung

#### Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten ist die Partei der Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form ihrer Klassenorganisation.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/ML vereint den fortschrittlichsten Teil der Werktätigen Deutschlands in ihren Reihen. Sie läßt sich in ihrer gesamten Tätigkeit von der Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung leiten.

Die Partei verwirklicht die führende Rolle der Arbeiterklasse durch die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz sowie den anderen Mittelschichten und unter bestimmten Bedingungen, in bestimmten Phasen des Kampfes mit Teilen der nationalen Bourgeoisie, die im US-Imperialismus ebenfalls ihren Hauptfeind sieht. Die Partei ist die Führerin der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land, d.h. der breitesten Volksmassen im Kampf für die Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands. Die Partei kämpft gegen alle Spalter der Nation. Die Partei kämpft unermüdlich für die Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter als wichtigsten Hebel zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf um das einheitliche sozialistische Deutsch-

land, um die Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse, gegen Reaktion und Faschismus, gegen Revisionismus und um die grundsätzliche Verbesserung der Lage der werktätigen Massen.

Das Ziel der Partei ist der Sozialismus in ganz Deutschland mit dem Endziel des Kommunismus in der ganzen Welt, der die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat. Die Partei ist eine einheitliche Kampforganisation. In ihr herrscht eine nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus für alle Parteimitglieder in gleicher Weise verbindliche Disziplin. Kritik und Selbstkritik sind ein Entwicklungsgesetz der Partei. Die Stärke der Partei liegt in der Geschlossenheit ihrer Reihen, in der Einheit des Willens und Handelns. Unvereinbar sind Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, dem Statut der Partei, ebenso wie die Verletzung der Parteidisziplin, die Bildung von fraktionellen Gruppierungen und Doppelzüngeln. Die Partei entfernt aus ihren Reihen diejenigen, die das Statut, die Beschlüsse sowie die Disziplin in der Partei verletzen.

Die Mitglieder der KPD/ML müssen bereit sein, unermüdlich für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und ihrer Organe zu kämpfen, für die Partei und die Arbeiterklasse Opfer zu bringen, die Arbeiterklasse im Geist des proletarischen Internationalismus und besonders der engen Freundschaft mit der Volksrepublik China, dem Zentrum der revolutionären Weltbewegung zu erziehen.

## Partei Mitgliedschaft, Pflichten und Rechte des Parteimitgliedes

1. Mitglied der KPD/ML zu sein, ist eine große Verpflichtung, Mitglied der KPD/ML kann sein, wer die Ziele und das Statut der Partei anerkennt, sich den Beschlüssen der Partei bewußt unterordnet, aktiv in einer ihrer Organisationen arbeitet und bewußt regelmäßig Beiträge bezahlt.

### 2. Das Parteimitglied ist verpflichtet:

- a) ständig sein politisches Wissen durch das Studium des Marxismus-Leninismus in enger Verbindung mit der revolutionären Praxis zu erweitern, sich mit den Beschlüssen der Partei vertraut zu machen und die Parteipresse regelmäßig zu lesen;
- b) die Parteidisziplin einzuhalten;
- c) aktiv am Parteileben teilzunehmen, regelmäßig die Mitgliederversammlungen zu besuchen und alles zu tun, um die Politik der Partei und die Beschlüsse der Parteigane in der Praxis durchzuführen sowie ständig die Arbeit der Partei zu verbessern;
- d) mit den parteilosen Massen eine enge Verbindung zu schaffen, sie von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, ihre Vorschläge und Forderungen zu berücksichtigen;
- e) seine Arbeit in den Massenorganisationen sowie in geeigneten Institutionen entsprechend den Beschlüssen der Partei im Interesse der Werktätigen durchzuführen;
- f) in seiner politischen Tätigkeit und im persönlichen Leben Vorbild und wachsam gegen die Feinde der Partei und des Volkes zu sein;
- g) der kommunistischen Moral entsprechend zu leben und zu arbeiten, seine persönlichen Interessen der Partei unterzuordnen, wirkungsvolle Solidarität mit in Not geratenen und durch den Klassenfeind verfolgten Genossen zu üben und auch zu den

größten Opfern für die Partei und die Interessen der Arbeiterklasse bereit zu sein.

### 3. Das Parteimitglied hat das Recht:

- a) in seiner Parteiorganisation und in der Parteipresse an der Erörterung der praktischen Fragen der Politik der Partei teilzunehmen und seine Vorschläge zu unterbreiten;
- b) in der Parteiorganisation seine Ansichten zu äußern und sachliche Kritik an der Tätigkeit der Mitglieder und Funktionäre der Partei unabhängig von ihrer Stellung zu üben;
- c) in die Parteigane zu wählen und in sie gewählt zu werden;
- d) seine persönliche Anwesenheit zu verlangen, wenn in der Parteiorganisation zu seinem Verhalten und seiner Tätigkeit Stellung genommen wird oder Beschlüsse gefaßt werden;
- e) sich mit jeder Frage an jedes höhere Organ der Partei bis zum ZK der KPD/ML zu wenden.

4. Die Aufnahme in die Partei erfolgt ausschließlich individuell. Für die Aufnahme in die Mitgliedschaft der Partei sind folgende Bestimmungen einzuhalten:

Die Aufnahme in die Partei kann frühestens nach Vollendung des 16. Lebensjahres erfolgen.

Mitglied der Partei kann werden, wer seinen Wohnsitz in Deutschland hat.

Jeder, der Mitglied werden will, stellt in der für ihn zuständigen Grundeinheit einen Aufnahmeantrag.

Anmerkung: Arbeiter, Angestellte etc. eines Betriebes, einer Universität, einer Institution oder einer sonstigen Arbeitsstätte stellen den Aufnahmeantrag in der Grundorganisation dieses Betriebes bzw. dieser Arbeitsstätte. Das gleiche gilt für Beschäftigte eines landwirtschaftlichen Betriebes, von Schulen, Institutionen usw. Alle anderen stellen den Aufnahmeantrag in der für ihr Wohngebiet zuständigen Grundorganisation.

Dort, wo keine Grundorganisationen der Partei bestehen, werden die Aufnahmeanträge an die übergeordnete Leitung gerichtet, die über die Aufnahme entscheidet.

Der Aufnahme in die Partei geht grundsätzlich eine Kandidatur von mindestens 3 Monaten bis zu 1 Jahr voraus. Über die Annahme der Kandidatur entscheidet die Mitgliederversammlung der Grundorganisation einstimmig. Sollte am Ort der Aufnahme keine Grundorganisation bestehen, entscheidet über die Kandidatur die übergeordnete Leitung.

Die Leitung der Grundorganisation überprüft den um Aufnahme Er-suchenden nach Ablauf der Kandidaturzeit, die Mitgliederversamm- lung verhandelt und entscheidet einstimmig über die Aufnahme. Dieser Beschluß wird der übergeordneten Leitung mitgeteilt.

Die Mitgliedschaft in der Partei wird von dem Tage an gerechnet, an dem von der Mitgliederversammlung der Grundorganisation die Aufnahme in die Partei erfolgte.

Ehemalige Mitglieder anderer Parteien werden entsprechend den geltenden Aufnahmebedingungen in die Partei aufgenommen. Ihre Aufnahme in die Partei muß von der LPKK bestätigt werden, be- kleidete der Kandidat höhere Funktionen in anderen Parteien, ist die Bestätigung durch die zentrale PKK notwendig.

5. Die Parteimitgliedschaft endet:

- a) durch Austritt
- b) durch Ausschluß

6. Mitglieder, die ohne triftigen Grund ihre Mitgliedsbeiträge länger als drei Monate nicht bezahlen, haben sich vor der Par- teileitung ihrer Grundorganisation oder der Mitgliederversamm- lung zu verantworten. Bei solchen Mitgliedern, die sich der Par- teierziehung verschließen, sind Parteiverfahren durchzuführen, die bis zum Ausschluß aus der Partei gehen können. Die Mitglie- derversammlung muß jedoch einen entsprechenden Beschluß fas- sen, der von der übergeordneten Leitung bestätigt wird. Die 2/3-Mehrheit entscheidet.

7. Wer gegen die Einheit und Reinheit der Partei verstößt, ihre Beschlüsse nicht erfüllt, die innerparteiliche Demokratie nicht achtet, seine Mitgliedschaft und die ihm übertragenen Funktio- nen mißbraucht, wessen Grundhaltung das Ansehen der Partei schädigt, die Parteidisziplin verletzt, ist von der Grundorgani- sation oder einem höheren Parteiorgan zur Verantwortung zu ziehen. Es können entsprechend des Vergehens Parteistrafen be- schlossen werden.

8. Der Ausschluß aus der Partei ist die höchste Parteistrafe. Bei der Entscheidung über den Ausschluß aus der Partei ist große Vor- sicht zu üben und eine sorgfältige Prüfung der gegen das Partei- mitglied erhobenen Beschuldigungen zu gewährleisten.

9. Der Ausschluß aus der Partei und die Erteilung einer anderen Parteistrafe wird in der Mitgliederversammlung der Grundorgani- sation des Mitgliedes beraten und entschieden. Der Beschluß wird von der übergeordneten Leitung bestätigt. Das Mitglied, gegen das ein Parteiverfahren durchgeführt wird, muß durch die Partei- leitung ordnungsgemäß zur Mitgliederversammlung eingeladen wer- den. Das betreffende Mitglied hat das Recht, zu den Beschuldi- gungen Stellung zu nehmen. Der Ausschluß ist dem Betroffenen unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Den übergeordneten Par- teiorganen steht das Recht zu - nach Rücksprache mit der Grund- organisation und im Zusammenwirken mit der PKK - Ausschluß- verfahren einzuleiten und Parteistrafen zu verhängen sowie in be- sonderen Fällen den Ausschluß aus der Partei zu beschließen.

10. Gegen den Beschluß der Mitgliederversammlung über eine Par- teistrafe und seine Bestätigung durch die übergeordnete Leitung kann das Mitglied bei der Landesleitung Einspruch einlegen.

Gegen den Beschluß der Mitgliederversammlung über den Aus- schluß und seine Bestätigung durch die übergeordnete Leitung kann das Mitglied der Reihe nach bei den übergeordneten Partei- organen der Landesleitung und dem ZK Einspruch erheben.

Berufungen gegen einen Parteiausschluß oder eine andere Partei-

strafe werden von den Parteikontrollkommissionen behandelt, deren Beschlüsse der Bestätigung durch die entsprechenden Parteileitungen unterliegen.

11. Die Landesleitungen müssen den Einspruch innerhalb eines Monats und das ZK innerhalb sechs Wochen nach Eingang behandeln. Während des Berufungsverfahrens bleibt der Beschluß der Grundorganisation in Kraft.

12. Ein früher ausgeschlossenes Mitglied kann nach einem längeren Zeitraum der Bewährung um seine Neuaufnahme in die Partei ersuchen. Die Aufnahme wird von der Mitgliederversammlung der Grundorganisation behandelt und entschieden, sie erfolgt nach den für die Aufnahme in die Partei geltenden Bestimmungen.

Der Beschluß der Grundorganisation muß von der Kreis- und Landesleitung bestätigt werden.

13. Die Wiedereinsetzung zu Unrecht Ausgeschlossener in die Rechte von Parteimitgliedern geschieht nur mit Bestätigung des ZK.

## II.

### Der Parteaufbau und die innerparteiliche Demokratie

14. Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieser Grundsatz besagt:

- a) daß alle Parteiorgane von unten nach oben demokratisch gewählt werden;
- b) daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden;
- c) daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet.

15. Die Partei ist nach dem Betriebs- und Gebietsprinzip aufgebaut. Nicht weniger als drei Mitglieder in einem Betrieb, einer Universität, Institution oder einer anderen Arbeitsstätte oder eines Wohngebietes bilden mit Bestätigung der übergeordneten Leitung eine Grundorganisation.

16. Die Parteiorganisation, die einen Kreis umfaßt, gilt als die höhere gegenüber denjenigen Parteiorganisationen, die Teile (Zellen oder Ortsgruppen) des betreffenden Kreises umfassen.

17. Die innerparteiliche Demokratie verbürgt jedem Parteimitglied das Recht, frei und sachlich in den Parteiorganisationen zu allen Fragen der Politik der Partei Stellung zu nehmen.

18. Jede Parteiorganisation und ihre Leitung ist verpflichtet, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, weil sie die gesunde Entwicklung und Festigung der Partei sichern und untrennbare Bestandteile der innerparteilichen Demokratie sind.

19. Jede Organisation, jedes Parteimitglied übt bewußt die Parteidisziplin und schützt die innerparteiliche Demokratie gegen parteifeindliche Elemente und tritt für die Einheit und Reinheit der Partei ein. Mit Mehrheit gefaßte Beschlüsse sind von allen Mitgliedern durchzuführen.

20. Bei der Wahl der Parteiorgane hat jedes Mitglied der betreffenden Parteiorganisation das Recht, Einwände gegen die aufgestellten Kandidaten zu erheben und neue Vorschläge zu machen. Über jeden vorgeschlagenen Kandidaten wird einzeln beraten und abgestimmt.

21. Jede Gruppierung innerhalb der Partei, die die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die Disziplin der Partei und ihre Arbeitsfähigkeit untergräbt, die Durchführung der Beschlüsse verhindert oder deren Ziel auf die Verhinderung der Durchführung der Beschlüsse und damit gegen die Partei gerichtet ist, stellt eine Fraktion dar. Jeder Versuch der Fraktionsbildung ist sofort



der nächsten Parteileitung der PKK zu melden. Ein Verstoß gegen diese Richtlinien ist mit Ausschluß aus der Partei zu ohnden.

22. Innerhalb der einzelnen Parteiorganisationen ist das höchste Organ: die Mitgliederversammlung für die Grundorganisation, die Mitgliederversammlung oder Delegiertenkonferenz für die Parteiorganisation im Stadtteil und der untergliederten Ortsgruppe, die Mitgliederversammlung oder Delegiertenkonferenz für die Kreisorganisation, die Landesdelegiertenkonferenz für die Landesorganisation und der Parteitag für die Partei als Ganzes.

23. In allen Groß- und mittleren Städten, den Kreis- und Industriezentren sowie in den größten Betrieben werden zur Behandlung der wichtigen Beschlüsse der Partei Parteioaktivversammlungen in gewissen Abständen einberufen. Die Aufgabe der Parteioaktivversammlungen besteht in der sachlichen Erörterung dieser Beschlüsse, in der schnellen Unterrichtung der Parteiorganisation über neue Aufgaben.

24. Das Organisationschema der KPD/ML ist folgendes:

- a) für die Partei in ihrer Gesamtheit der Parteitag, ZK und Politbüro;
- b) für die Länder die Landesdelegiertenkonferenz, die Landesleitung;
- c) für die Kreise die Kreisdelegiertenkonferenz, die Kreisleitung;
- d) für die mittleren und kleinen Städte und die Stadtteile in den Groß- und größeren Städten die Mitgliederversammlung oder Delegiertenkonferenz, die Ortsgruppenleitung bzw. die Stadtteilleitung;
- e) für die Großbetriebe die Mitgliederversammlung bzw. die Delegiertenkonferenz, die Parteileitung;
- f) für die Grundorganisation in den Betrieben und sonstigen Arbeitsstätten, den Wohngebieten, der Städte, den Dörfern die Mitgliederversammlung, die Parteileitung der Grundorganisationen.

### Grundorganisationen der Partei

25. Die Grundlagen der Partei bilden ihre Grundorganisationen, die Zellen. Sie werden in Betrieben und sonstigen Arbeitsstätten in den Wohngebieten der Städte und auf dem Dorfe gebildet, wenn wenigstens drei Mitglieder vorhanden sind. Die Zelle wählt ihren Leiter und dessen Stellvertreter.

26. Die Bildung von Grundorganisationen ist von der übergeordneten Leitung zu bestätigen.

27. In Großbetrieben sollen möglichst Abteilungsgruppen, im Bergbau Reviergruppen organisiert werden. Die Mitglieder einer solchen Abteilungsgruppe (Reviergruppe) wählen aus ihrer Mitte eine Parteileitung.

28. Die Grundorganisation der Partei verbindet die Arbeiter und alle anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land, d.h. die breitesten Volksmassen mit der Partei. Deshalb gehören zu den Aufgaben der Grundorganisation:

#### Die Revolutionierung der werktätigen Massen:

- a) die Massenaufklärungs- und Organisationsarbeit unter den Arbeitern und anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land zur Durchführung der Beschlüsse und Lösungen der Partei;
- b) die Durchführung einer systematischen marxistisch-leninistischen Schulung der Mitglieder;
- c) die Gewinnung neuer Mitglieder für die Partei und ihre politische Erziehung;
- d) die sorgfältige und fristgerechte Erfüllung der von den Parteileitungen beschlossenen praktischen Aufgaben;
- e) die Mobilisierung der Massen zur Durchführung der von der Partei gestellten Aufgaben;
- f) die Wachsamkeit gegenüber Partei- und Volksfeinden;

g) der tägliche Kampf für die Verbesserung der kulturellen und materiellen Lebensverhältnisse der Arbeiter, Angestellten, werktätigen Bauern und der Intelligenz.

29. In Massenorganisationen und Institutionen werden Grundorganisationen aufgebaut.

30. Jedes Parteimitglied, das in einem Betrieb oder einer anderen Arbeitsstätte tätig ist, muß der Grundorganisation dieses Betriebes bzw. dieser Arbeitsstätte angehören usw.

31. Die Parteimitglieder, die nicht in einem Betrieb oder einer anderen Arbeitsstätte tätig sind oder in deren Betrieb bzw. Arbeitsstätte es keine Parteiorganisation gibt, werden in der Parteiorganisation ihres Wohngebietes oder im Dorfe zusammengefaßt. Die Mitgliedschaft in den Betriebsgruppen ist vorrangig.

#### IV.

Stadtleitungen, Ortsleitungen, Stadtbezirksleitungen

32. In Großstädten und größeren Städten werden Stadteileitungen, in mittleren und kleinen Städten mit mehreren Grundorganisationen Ortsgruppenleitungen gebildet.

33. Diese Leitungen werden auf Delegiertenkonferenzen oder Mitgliederversammlungen gewählt. Sie sind verantwortlich für die Durchführung der Politik und Beschlüsse der Organe der Partei sowie ihrer Delegiertenkonferenzen oder Mitgliederversammlungen. Sie leiten die Tätigkeit der Grundorganisationen ihres Bereiches, erörtern die Fragen der Parteiarbeit und mobilisieren die Parteimitglieder zur Erfüllung der Parteaufgaben. Die Stadteileitungen und Ortsgruppenleitungen berufen in regelmäßigen Abständen Sitzungen ein.

34. Diese leitenden Organe unterstehen unmittelbar der entsprechenden Kreisleitung.

#### V.

Die Kreisorganisation der Partei

35. Das höchste Organ der Kreisorganisation der Partei ist die Kreisdelegiertenkonferenz. Sie nimmt die Berichte über die Arbeit der Kreisleitung und der Revisionskommission entgegen und faßt darüber Beschluß. Sie wählt eine Kreisleitung entsprechend der durch die Delegiertenkonferenz festgelegten Anzahl von Mitgliedern, eine Revisionskommission und die Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz. Die Kreisleitung wählt das Sekretariat. Die Kreisleitung ist verantwortlich für die Leitungsaufgabe zur Durchführung der Politik und der Beschlüsse des Parteitag, der Landesdelegiertenkonferenz, der Kreisdelegiertenkonferenz. Sie leitet die gesamte Tätigkeit der Partei zwischen den Kreisdelegiertenkonferenzen, leitet die Grundorganisationen der Partei an, erörtert die Fragen der Parteiarbeit, mobilisiert die Parteimitglieder zur Erfüllung der Aufgaben, verteilt die Kräfte und Mittel im Bereich des Kreises und verwaltet die Partekasse des Kreises.

36. Das Sekretariat beruft in der Regel einmal im Monat eine Sitzung der Kreisleitung ein.

#### VI.

Die Landesorganisation der Partei

37. Das höchste Organ der Parteiorganisation in einem Land ist die Landesdelegiertenkonferenz, die von der Landesleitung einberufen wird. Die Landesdelegiertenkonferenz nimmt den Bericht der Landesleitung und den Bericht der Revisionskommission entgegen und faßt darüber Beschluß. Sie wählt die Landesleitung entsprechend der von der Konferenz festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und Kandidaten, die Revisionskommission und die Delegierten zum Parteitag. Die Parteiorganisationen in den Ländern lassen sich in ihrer gesamten Tätigkeit von den Beschlüssen ihrer führenden Organe leiten.

38. Die Landesleitung wählt das Sekretariat. Die Landesleitung ist verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse des Parteitag, des ZK und der Landesdelegiertenkonferenz in ihrem Gebiet. Sie leitet die gesamte Tätigkeit der Partei zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen, leitet die Kreisorganisationen an, erörtert die Fragen der Parteiarbeit, mobilisiert die Parteimitglieder zur Erfüllung der Parteaufgaben, verteilt die Kräfte und Mittel der Partei im Bereich des Landes und verwaltet die Parteikasse des Landes. Das Sekretariat beruft in der Regel einmal in sechs Wochen eine Sitzung der Landesleitung ein.

39. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt die Landes-Partei-kontrollkommission, die vom Parteivorstand bestätigt werden muß. Die LPKK nimmt die Aufgaben der Landesrevisionskommission bis zur 2. Landesdelegiertenkonferenz provisorisch wahr.

## VII.

40. Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. Er wählt das Zentralkomitee nach der vom Parteitag festzulegenden Zahl der Mitglieder und Kandidaten und legt die Richtlinien der Partei fest. Ordentliche Parteitage finden in der Regel einmal in zwei Jahren statt. Das ZK kann entweder aus eigener Initiative oder auf Verlangen von mehr als einem Drittel der Mitglieder der Partei außerordentliche Parteitage in zweimonatiger Frist einberufen.

41. Die Einberufung der ordentlichen Parteitage und die Bekanntgabe der Tagesordnung dürfen nicht später als acht Wochen vor Stattfinden des Parteitages erfolgen.

42. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn auf ihm nicht weniger als die Hälfte aller Parteimitglieder durch Delegierte vertreten sind. Der Schlüssel für die Delegiertenwahlen wird vom ZK festgesetzt.

## VIII.

43. Das Zentralkomitee ist das höchste Organ der Partei zwischen den Parteitagen. Es ist an die Richtlinien des Parteitages gebunden und diesem verantwortlich.

44. Das ZK bestimmt als höchste Instanz die Beschlüsse der Partei, an die jedes Mitglied gebunden ist.

45. Das ZK wählt aus seiner Mitte das Politbüro.

46. Das Politbüro ist der Geschäftsführende Vorstand der Partei und ist an die Richtlinien des ZK gebunden und diesem verantwortlich.

## IX.

Die zentrale Revisionskommission

47. Der Parteitag wählt die zentrale Revisionskommission beim ZK entsprechend der vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und Kandidaten. Die zentrale Revisionskommission beim ZK prüft regelmäßig mindestens vierteljährlich die Finanzführung des ZK und hat das Recht, die Geschäftsführung und das Finanzgebaren aller Parteileitungen und Parteeinrichtungen zu kontrollieren. Der Vorsitzende der Revisionskommission nimmt an den Sitzungen des ZK mit beratender Stimme teil.

Als Provisorium bis zum 2. Parteitag nimmt die zentrale PKK die Aufgabe der zentralen Revisionskommission wahr.

Die finanziellen Mittel der Partei

48. Mitgliedsbeiträge, Sonderbeiträge, Erträge aus den Parteeinrichtungen, Sammlungen und andere Einnahmen bilden die finanziellen Mittel der Partei.

49. Die monatlichen Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder werden entsprechend den Beschlüssen des Parteitag oder des ZK festgesetzt.

50. Der Aufnahmebeitrag beträgt 5,-- DM und wird bei der Aufnahme in die Partei erhoben.